

Stephan Schindler

Biometrische Videoüberwachung

Zur Zulässigkeit biometrischer Gesichtserkennung in Verbindung
mit Videoüberwachung zur Bekämpfung von Straftaten



Nomos

Der Elektronische Rechtsverkehr

Herausgegeben von
Prof. Dr. Alexander Roßnagel und
Prof. Dr. Gerrit Hornung, LL.M.
in Zusammenarbeit mit
dem TeleTrusT Deutschland e.V.

Band 47

Stephan Schindler

Biometrische Videoüberwachung

Zur Zulässigkeit biometrischer Gesichtserkennung in Verbindung
mit Videoüberwachung zur Bekämpfung von Straftaten



Nomos

Die Arbeit ist im Zusammenhang mit folgenden BMBF-geförderten Drittmittelprojekten entstanden: Multi-Biometriebasierte Forensische Personensuche in Lichtbild- und Videomassendaten (MisPel), Förderkennzeichen: 13N12064; Kooperative Systemplattform für Videoupload, Bewertung, teilautomatisierte Analyse und Archivierung (PERFORMANCE), Förderkennzeichen: 13N14030; Flexibles, teilautomatisiertes Analyse-system zur Auswertung von Videomassendaten (FLORIDA), Förderkennzeichen: 13N14252.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Kassel, Univ., Diss., 2020

Fachbereich 07, Tag der Disputation: 28.08.2020

ISBN 978-3-8487-7113-4 (Print)

ISBN 978-3-7489-1160-9 (ePDF)



Onlineversion
Nomos eLibrary

1. Auflage 2021

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort der Herausgeber

Der Einsatz von Videoüberwachung zu Sicherheitszwecken gehört seit vielen Jahren zu den umstrittensten Fragen sowohl der deutschen Sicherheitspolitik als auch der rechtswissenschaftlichen Diskussion zur verfassungs- und datenschutzrechtlichen Zulässigkeit neuer Überwachungstechnologien. Die Erweiterung der Videoüberwachung durch biometrische Verfahren der Gesichtserkennung verstärkt aktuell sowohl die Hoffnungen als auch die Befürchtungen, die sich mit dem Einsatz dieser Technologie verbinden. Während die einen Chancen bei der Durchforstung von Videomassendaten erkennen, die beispielsweise im Jahre 2017 nach dem G20-Gipfel in Hamburg anfielen, befürchten andere die staatliche Macht, die mit einer KI-gestützten Auswertung intern-vernetzter Datenbanken der Sicherheitsbehörden einhergehen würde. Und während die einen mit der Echtzeitkontrolle an Bahnhöfen und anderen belebten Plätzen die Möglichkeit zur Vollstreckung von Haftbefehlen und zur Verfolgung von Gefährdern verbinden, weisen andere darauf hin, dass eine kontinuierliche Identifizierbarkeit im öffentlichen Raum den Einzelnen in seinen Beziehungen, Meinungsäußerungen und sozialen Handlungen zum Objekt staatlichen Interesses mache und damit Orwell'sche Dystopien real werden lasse.

Wie unter einem Brennglas zeigt die biometrische Videoüberwachung deshalb den klassischen Konflikt zwischen Sicherheit und Freiheit. Aus rechtswissenschaftlicher Sicht wirft dies zentrale grundrechtliche Fragestellungen auf, die sich in den letzten Jahren zunehmend auf die europäische Ebene verschieben und dadurch an Komplexität gewinnen. Während die Rechtsfragen der Videoüberwachung seit vielen Jahren diskutiert werden, fehlt es bislang an einer umfassenden, auch praktische Szenarien der Sicherheitsbehörden berücksichtigenden Untersuchung der Verbindung mit biometrischer Gesichtserkennung, die auch die neuen Vorgaben der JI-Richtlinie 2016/680 einbezieht. Eine solche umfassende Analyse bietet die vorliegende Arbeit von Herrn Schindler, die ausführlich Verwendungsmöglichkeiten betrachtet, grundrechtliche Anforderungen für gesetzliche Grundlagen und den praktischen Einsatz entwickelt und datenschutzrechtliche Vorgaben konkretisiert.

Herr Schindler kombiniert einen interdisziplinären, auch technikwissenschaftlich informierten Ansatz mit einem großen Verständnis für die

Vorwort der Herausgeber

praxisorientierten Anwendungsszenarien der künftigen Tätigkeit der Sicherheitsbehörden und hat in mehreren interdisziplinären Forschungsprojekten unter Mitwirkung von Polizeipraktikern an der Entwicklung und rechtlichen Bewertung derartiger Szenarien mitgewirkt. Auf der Basis einer Vielzahl von Publikationen zu direkt auf das Dissertationsthema bezogenen Fragen, aber auch zu interdisziplinären Aspekten in angrenzenden Forschungsfeldern, gelingt es ihm, auf die drängenden Fragen der verfassungs- und datenschutzrechtlichen Zulässigkeit, aber auch auf die der rechtskonformen Gestaltung der technischen Innovationen in der Polizeipraxis der Zukunft innovative und praxisgerechte Antworten zu formulieren.

Besonders hervorzuheben ist die wissenschaftliche Tiefe, in der diese Ergebnisse bearbeitet werden. Um das Ziel der grundrechtlichen Bewertung der biometrischen Videoüberwachung zu erreichen, wählt Herr Schindler methodische Zugänge, die die Klärung wichtiger, rechtsdogmatisch komplexer und vielfach ungeklärter Rechtsfragen erfordern. Dies betrifft insbesondere komplexe Fragen des Verhältnisses der einzelnen Grundrechtsebenen im europäischen Mehrebenensystem und viele Fragen der deutschen Grundrechtsdogmatik. Die Arbeit ist außerdem von einer großen Breite der Darstellung geprägt und betrachtet z.B. die einzelnen relevanten Rechtsgrundlagen in den Gesetzen der Bundesländer. In der innovativen Konkretisierung der europa- und verfassungsrechtlichen Anforderungen auf die technischen Details der biometrischen Videoüberwachung werden aktuelle gesetzgeberische Aktivitäten, jüngste Rechtsprechung und detaillierte Vorschläge zur technischen Ausgestaltung im Sinne einer Reduzierung des Eingriffsgewichts berücksichtigt.

Herrn Schindler ist es gelungen, innerhalb des Spannungsverhältnisses zwischen Sicherheit und Freiheit zentrale Fragestellungen herauszuarbeiten, diese auf eine innovative und für die polizeiliche Arbeit der Zukunft sehr wichtige Technologie zu beziehen und durchgängig zu wohlbegründeten, wissenschaftlich tief ausgearbeiteten und überzeugenden Ergebnissen zu gelangen. Indem er die biometrische Gesichtserkennung auf ihre Zulässigkeit am Maßstab europäischer und nationaler Grundrechte befragt, trägt er zur Aktualisierung der Grundrechtsdogmatik im europäischen Mehrebenensystem bei und legt wichtige Elemente ihrer Fortentwicklung offen. Indem er konkrete Aussagen zu Anforderungen an eine gesetzliche Ermächtigungsgrundlage erarbeitet, gibt er wesentliche Hinweise für die künftige Praxis einer entsprechenden Gesetzgebung. Und indem er Vorgaben des Verhältnismäßigkeitsprinzips im Rahmen der verfassungskonformen Anwendung aktueller und denkbarer künfti-

ger Rechtsgrundlagen konkretisiert, entwickelt er praxisrelevante Anforderungen und Hinweise, beispielsweise zur Erforderlichkeit in konkreten Einsatzszenarien, zur Datensicherheit und zur (im Rahmen der Polizeiarbeit aufgrund des regelmäßig bestehenden Interesses an konkreten Personen begrenzten) Möglichkeit einer datenschutzfreundlichen Technikgestaltung.

Die biometrische Videoüberwachung wird nicht die letzte innovative Kontrolltechnologie bleiben, deren Herausforderungen und grundrechtliche Zulässigkeit zu einem Zeitpunkt bewertet werden muss, in dem die Einsatzszenarien noch in der Entwicklung begriffen sind und deren Eingriffsintensität demzufolge einerseits unter bestimmten Hypothesen betrachtet, andererseits aber auch durch rechtliche und technische Schutzmaßnahmen eingehegt werden kann. Auch aus diesem Grund leistet die Arbeit einen wichtigen Beitrag für die fortdauernde Kontroverse um die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen der sicherheitsbehördlichen Kontrolle im demokratischen Rechtsstaat.

Kassel, im Mai 2021

Prof. Dr. Gerrit Hornung, LL.M.

Vorwort des Autors

Die vorliegende Arbeit ist im Zusammenhang mit den vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Verbundprojekten Multi-Biometriebasierte Forensische Personensuche in Lichtbild- und Videomassendaten (MisPel), Kooperative Systemplattform für Videoupload, Bewertung, teilautomatisierte Analyse und Archivierung (PERFORMANCE) sowie Flexibles, teilautomatisiertes Analysesystem zur Auswertung von Videomassendaten (FLORIDA) entstanden. Sie wurde im Sommer 2020 von der Universität Kassel als Dissertation angenommen.

Mein besonderer Dank gilt Prof. Dr. Gerrit Hornung, LL.M. für seine geduldige Betreuung. Herzlicher Dank richtet sich zudem an Prof. Dr. Alexander Roßnagel für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Überdies danke ich den einschlägig bekannten Kolleginnen und Kollegen, insbesondere auch den Bürogenossen Kai Hofmann, Thilo Goeble und Florian Emanuel, für die anregenden Diskussionen und geselligen Abende. Schließlich danke ich meinen Eltern Ulrike und Andreas Schindler, meinem Bruder Christian Schindler sowie – ganz besonders – meiner Großmutter Gertrud Schindler für ihre Unterstützung. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Kassel, im Mai 2021

Stephan Schindler

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	25
1 Einführung	39
1.1 Videoüberwachung und Gesichtserkennung	40
1.2 Einsatz durch die Polizei zur Verhinderung und Verfolgung von Straftaten	44
1.2.1 Straftaten	44
1.2.2 Verhinderung und Verfolgung von Straftaten durch die Polizei	45
1.3 Überwachen und Überwachungsstaat: Visionen und Dystopien	51
1.3.1 Jeremy Bentham und das Panoptikum	52
1.3.2 George Orwell und der Große Bruder	57
1.3.3 Der Weg in die Überwachungsdemokratie?	62
1.4 Recht und Überwachung: Das Bundesverfassungsgericht und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung	64
1.5 Recht und Technik	68
1.5.1 Grundsätzlicher Gegensatz zwischen Recht und Technik?	69
1.5.2 Geeignetheit der rechtlichen Steuerungsinstrumente?	73
1.5.3 Privater und staatlicher Technikeinsatz	76
1.5.3.1 Privater Technikeinsatz	76
1.5.3.2 Staatlicher Technikeinsatz	78
1.5.4 Mangelnder Sachverstand des Gesetzgebers?	79
1.5.5 Allianz von Recht und Technik	80
1.6 Ziele der Arbeit und weitere Vorgehensweise	81
2 Technisches Instrumentarium: Videoüberwachung und biometrische Gesichtserkennung	83
2.1 Videoüberwachung	83
2.1.1 Begriff	85
2.1.2 Technik	86
2.1.2.1 Technische Komponenten eines Videoüberwachungssystems	86
	11

Inhaltsverzeichnis

2.1.2.2	Möglichkeiten der Bildbearbeitung und Bildverbesserung	89
2.1.3	Einsatz von Videoüberwachung	90
2.1.3.1	Zur Geschichte der polizeilichen Videoüberwachung in Deutschland	91
2.1.3.2	Verfolgte Zwecke polizeilicher Videoüberwachung	96
2.1.3.3	Typische Einsatzsituationen polizeilicher Videoüberwachung	99
2.1.3.4	Art und Weise der Videoüberwachung	100
2.1.3.5	Ausmaß der Videoüberwachung in Deutschland	102
2.1.4	Einstellung der Politik und Bevölkerung gegenüber Videoüberwachung	107
2.1.5	Wirkung und Wirksamkeit von Videoüberwachung	109
2.1.5.1	Verfolgung von Straftaten	110
2.1.5.2	Verhinderung von Straftaten	112
2.1.5.3	Sicherheitsgefühl	115
2.1.6	„Intelligente Videoüberwachung“	116
2.1.6.1	Das Problem der Bilderflut	116
2.1.6.2	„Intelligente Videoüberwachung“ als Lösungsansatz	117
2.2	Biometrische Gesichtserkennung	119
2.2.1	Das Gesicht und die menschliche Fähigkeit zur Gesichtserkennung	119
2.2.2	Biometrische Erkennung	122
2.2.2.1	Definition biometrischer Erkennung	122
2.2.2.2	Der Ablauf biometrischer Erkennung	125
2.2.3	Die Vielfalt biometrischer Verfahren	127
2.2.3.1	Aus der Geschichte der biometrischen Erkennung	127
2.2.3.1.1	Der Fall des Martin Guerre	128
2.2.3.1.2	Personenerkennung in der Bibel	129
2.2.3.1.3	Fingerabdrücke in alten Kulturen vor Christi Geburt	130
2.2.3.1.4	Ostasien und die Fingerabdrücke	131
2.2.3.1.5	Erforschung der Fingerabdrücke durch die Europäer	132
2.2.3.1.6	Alphonse Bertillon und die anthropometrischen Messungen	134
2.2.3.1.7	Triumph der Daktyloskopie über die anthropometrischen Messungen	136
2.2.3.1.8	Bertillons Verdienste	139

2.2.3.2 Biometrische Verfahren	140
2.2.3.2.1 Finger- und Handflächenabdruckerkennung	141
2.2.3.2.2 Handgeometriekerennung	142
2.2.3.2.3 Gesichtserkennung	143
2.2.3.2.4 Iris-, Retina- und Ohrerkennung	145
2.2.3.2.5 Stimm-, Unterschriften-, Tastenanschlag- und Geruchserkennung	147
2.2.3.2.6 Gangerkennung	148
2.2.3.2.7 DNS-Erkennung	148
2.2.3.2.8 Weitere Verfahren	150
2.2.3.3 Softbiometrie	150
2.2.4 Biometrische Gesichtserkennung: Technische Aspekte, Stärken und Schwächen	154
2.2.4.1 Ablauf biometrischer Gesichtserkennung	154
2.2.4.2 Vorteile und Herausforderungen biometrischer Gesichtserkennung	157
2.2.4.2.1 Vorteile biometrischer Gesichtserkennung	157
2.2.4.2.2 Herausforderungen biometrischer Gesichtserkennung und Lösungsansätze	160
2.2.4.2.2.1 Unterschiedliche Bildformate	160
2.2.4.2.2.2 Rechenleistung	160
2.2.4.2.2.3 Vermeintliche Einzigartigkeit und Veränderung durch Alterung	161
2.2.4.2.2.4 Beleuchtung, Aufnahmewinkel, Pose und eingesetzte Technik	163
2.2.4.2.2.5 Umgehung	165
2.2.4.2.2.6 Multibiometrie zur Stärkung der Robustheit der Erkennung	166
2.2.4.2.2.7 Menschliche Kontrolle	169
2.2.4.2.2.8 Angriffe auf das Erkennungssystem	169
2.2.4.2.2.9 Bewusstsein für Grenzen biometrischer Erkennung	170
2.2.4.3 Leistungsfähigkeit und Testreihen	171
2.2.4.3.1 Fehlerraten	171
2.2.4.3.2 Testreihen	174
2.2.5 Einsatzmöglichkeiten biometrischer (Gesichts-)Erkennung	177
2.2.5.1 Zugangssicherung	178
2.2.5.2 Private Anwendungsbereiche	181
2.2.5.2.1 Handels-, Dienstleistungs- und Bankgeschäfte	181

Inhaltsverzeichnis

2.2.5.2.2	Zeiterfassung und Anwesenheitskontrolle in Unternehmen	183
2.2.5.2.3	Freizeit- und Unterhaltungsbereich	183
2.2.5.3	Staatliche Anwendungsbereiche	184
2.2.5.3.1	Grenzkontrolle	184
2.2.5.3.2	Doppelbezüge staatlicher Leistungen	186
2.2.5.3.3	Einsatz zur Bekämpfung von Straftaten	187
3	Konkrete Szenarien für den polizeilichen Einsatz von Gesichtserkennung mit Videoüberwachung	189
3.1	Szenario 1: Kontinuierliche Personenfahndung im öffentlichen Raum	190
3.1.1	Beschreibung	190
3.1.2	Pilotprojekte und Anwendungsbeispiele	193
3.1.2.1	Hauptbahnhof Mainz	193
3.1.2.2	Bahnhof Berlin Südkreuz	195
3.1.2.3	Super Bowl 2001	198
3.1.3	Parallele zur automatisierten Kfz-Kennzeichenerkennung	199
3.2	Szenario 2: Anlassbezogene Suche in Lichtbilddatenbanken	201
3.2.1	Beschreibung	202
3.2.2	Anwendung beim Bundeskriminalamt	205
3.2.3	Parallele zum AFIS	208
3.3	Szenario 3: Hilfsmittel zur Sichtung von Videoaufzeichnungen	209
3.3.1	Beschreibung	209
3.3.1.1	Personendetektion	210
3.3.1.2	Wiedererkennung einer Person in Videoaufzeichnungen	211
3.3.1.3	Suche mit Lichtbild in Videoaufzeichnungen	212
3.3.2	Anwendungsbeispiele	213
3.3.2.1	Anschlag auf den Boston Marathon	213
3.3.2.2	G20-Gipfel Soko „Schwarzer Block“	214
3.4	Szenario 4: Einsatz von Softbiometrie	216
4	Regelungsregime: Deutsches und europäisches Recht	219
4.1	Deutsches Recht	220
4.2	Europäische Menschenrechtskonvention	220
4.2.1	Entwicklung und Gewährleistungen	221

4.2.2 Stellung und Bedeutung in der deutschen Rechtsordnung	224
4.3 Recht der Europäischen Union	228
4.3.1 Die Europäische Union	229
4.3.1.1 Entstehung und Entwicklung	229
4.3.1.2 Verhältnis des Unionsrechts zum nationalen (deutschen) Recht	232
4.3.1.3 Verhältnis des Unionsrechts zur Europäischen Menschenrechtskonvention	234
4.3.2 Anwendbare Vorschriften des Unionsrechts	236
4.3.2.1 Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	237
4.3.2.2 JI-Richtlinie	240
4.3.2.2.1 Anwendbarkeit auch auf die innerstaatliche polizeiliche Datenverarbeitung	241
4.3.2.2.2 Kompetenzmäßigkeit der JI-Richtlinie	242
4.3.2.2.2.1 Reichweite von Art. 16 Abs. 2 AEUV	243
4.3.2.2.2.2 JI-Richtlinie im Rahmen der Kompetenz des Art. 16 Abs. 2 AEUV	249
4.3.2.2.2.3 Subsidiarität und kompetenzrechtliche Verhältnismäßigkeit	250
4.3.2.2.3 Fazit: Anwendbarkeit und Kompetenzmäßigkeit der JI-Richtlinie	253
4.3.2.3 Grundrechtecharta	253
4.3.2.3.1 Grundrechte in der Europäischen Union	254
4.3.2.3.2 Anwendungsbereich der Grundrechtecharta	255
4.3.2.3.2.1 Bindung der Europäischen Union	255
4.3.2.3.2.2 Bindung der Mitgliedstaaten	256
4.3.2.3.2.2.1 Mitgliedstaaten	256
4.3.2.3.2.2.2 Recht der Union	256
4.3.2.3.2.2.3 Durchführung des Rechts der Union	257
4.3.2.3.3 Verhältnis der Grundrechte der Grundrechtecharta zu den nationalen Grundrechten	265
4.3.2.3.4 Überdies: Berücksichtigung der Grundrechtecharta bei der Auslegung	270
4.3.2.3.5 Fazit: Beachtung der deutschen Grundrechte und der Grundrechtecharta	271
4.4 Sonstiges Völkerrecht	271
4.5 Fazit: Anwendbarkeit des deutschen und des europäischen Rechts	274

Inhaltsverzeichnis

5	Rechtliche Bewertung des Einsatzes von Gesichtserkennung mit Videoüberwachung	275
5.1	Polizeiliche Tätigkeit im Spannungsverhältnis zwischen Aufgabenerfüllung und Grundrechtsschutz	275
5.1.1	Bedeutung der Verhinderung und Verfolgung von Straftaten	276
5.1.2	Bedeutung der Grundrechte	278
5.1.2.1	Grundrechte als Abwehrrechte	279
5.1.2.2	Schutzpflichten	280
5.1.2.3	Grundrecht auf Sicherheit?	281
5.1.2.4	Freiheits- und Gleichheitsrechte	282
5.2	Vereinbarkeit mit den Freiheitsrechten	283
5.2.1	Grundrechtseingriffe	284
5.2.1.1	Deutsche Grundrechte	285
5.2.1.1.1	Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung	285
5.2.1.1.1.1	Herleitung und Begründung	286
5.2.1.1.1.2	Schutzbereich	291
5.2.1.1.1.2.1	Personenbezug von Bild- und Videodaten	292
5.2.1.1.1.2.2	Schutzbereichseröffnung durch Einschüchterung und Überwachungsdruck?	300
5.2.1.1.1.2.3	Personenbezug biometrischer Daten	302
5.2.1.1.1.3	Eingriff	305
5.2.1.1.1.3.1	Eingriff durch Videoüberwachung	306
5.2.1.1.1.3.1.1	Kamera-Monitor-Verfahren	307
5.2.1.1.1.3.1.2	Aufzeichnung	310
5.2.1.1.1.3.2	Eingriff durch Gesichtserkennung	312
5.2.1.1.1.3.2.1	Bereitstellung der Referenzdaten	312
5.2.1.1.1.3.2.2	Abgleich der Gesichtsaufnahmen	313
5.2.1.1.1.3.2.3	Templateerstellung	314
5.2.1.1.1.3.3	Eingriff durch Softbiometrie	315
5.2.1.1.1.3.4	Entfallen des Eingriffs	316
5.2.1.1.1.3.4.1	Einwilligung	316
5.2.1.1.1.3.4.2	Ungezielte Erfassung und sofortige Löschung	320
5.2.1.1.2	Menschenwürde und ihre Ausprägungen	325
5.2.1.1.2.1	Vom Wesen der Menschenwürde	325
5.2.1.1.2.2	Beobachtung und Zugriff auf den menschlichen Körper	328
5.2.1.1.2.3	Registrierung und Katalogisierung	332

5.2.1.1.2.4 Kernbereich privater Lebensgestaltung	335
5.2.1.1.2.5 Nemo-tenetur-Prinzip	339
5.2.1.1.3 Weitere Grundrechte	344
5.2.1.1.3.1 Weitere Ausprägungen des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	344
5.2.1.1.3.2 Versammlungsfreiheit	347
5.2.1.1.3.3 Unverletzlichkeit der Wohnung	350
5.2.1.1.3.4 Freizügigkeit und Fortbewegungsfreiheit	352
5.2.1.2 Europäische Menschenrechtskonvention	355
5.2.1.2.1 Achtung des Privatlebens und der Wohnung	355
5.2.1.2.1.1 Schutzbereich	356
5.2.1.2.1.1.1 Privatleben	357
5.2.1.2.1.1.2 Wohnung	358
5.2.1.2.1.2 Eingriff	359
5.2.1.2.1.2.1 Privatleben	359
5.2.1.2.1.2.1.1 Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte	359
5.2.1.2.1.2.1.2 Eingriff durch Videoüberwachung	362
5.2.1.2.1.2.1.3 Eingriff durch Gesichtserkennung	363
5.2.1.2.1.2.2 Wohnung	365
5.2.1.2.2 Menschenwürde	366
5.2.1.2.3 Weitere Grundrechte	368
5.2.1.2.3.1 Versammlungsfreiheit	368
5.2.1.2.3.2 Freizügigkeit und Freiheit der Person	369
5.2.1.2.3.3 Nemo-tenetur-Prinzip	370
5.2.1.3 Europäische Grundrechtecharta	371
5.2.1.3.1 Grundrecht auf Schutz personenbezogener Daten	371
5.2.1.3.1.1 Wesen sowie Verhältnis zu Art. 16 AEUV und Art. 8 EMRK	372
5.2.1.3.1.2 Schutzbereich	374
5.2.1.3.1.3 Eingriff	377
5.2.1.3.2 Menschenwürde	378
5.2.1.3.3 Weitere Grundrechte	380
5.2.1.3.3.1 Achtung des Privatlebens und der Wohnung	380
5.2.1.3.3.2 Versammlungsfreiheit	384
5.2.1.3.3.3 Freizügigkeit und Freiheit der Person	385
5.2.1.3.3.4 Nemo-tenetur-Prinzip	386
5.2.1.4 Fazit: Eingriff in deutsche und europäische Grundrechte	386

Inhaltsverzeichnis

5.2.2 Rechtfertigung der Grundrechtseingriffe	387
5.2.2.1 Der Gesetzesvorbehalt und das Erfordernis einer gesetzlichen Grundlage	387
5.2.2.1.1 Deutschland	387
5.2.2.1.1.1 Vorbehalt des Gesetzes und grundrechtlicher Gesetzesvorbehalt	387
5.2.2.1.1.2 Einschränkung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung	393
5.2.2.1.1.3 Einschränkung Versammlungsfreiheit und Unverletzlichkeit der Wohnung	395
5.2.2.1.2 Europäische Menschenrechtskonvention	396
5.2.2.1.3 Europäische Grundrechtecharta	398
5.2.2.1.3.1 Verhältnis von Art. 52 Abs. 1 GRCh zu Art. 8 Abs. 2 GRCh	399
5.2.2.1.3.2 Bedeutung von Art. 52 Abs. 2 GRCh mit Blick auf Art. 16 AEUV	401
5.2.2.1.3.3 Bedeutung von Art. 52 Abs. 3 GRCh	403
5.2.2.2 Mögliche gesetzliche Rechtsgrundlagen	404
5.2.2.2.1 Einsatz von Videoüberwachung	405
5.2.2.2.1.1 Datenschutzgesetze des Bundes und der Länder	406
5.2.2.2.1.2 Regelungen des Bundes in den Polizeigesetzen, dem Versammlungsgesetz und der Strafprozessordnung	407
5.2.2.2.1.3 Regelungen der Länder in den Polizei- und Versammlungsgesetzen	409
5.2.2.2.2 Einsatz von Gesichtserkennung und Softbiometrie	410
5.2.2.2.2.1 Ausdrückliche Regelungen	410
5.2.2.2.2.1.1 Baden-Württemberg	411
5.2.2.2.2.1.2 Bayern	411
5.2.2.2.2.1.3 Hessen	414
5.2.2.2.2.1.4 Sachsen	414
5.2.2.2.2.1.5 Schleswig-Holstein	415
5.2.2.2.2.2 Analoge Anwendung der Vorschriften zur Kennzeichenerkennung	416
5.2.2.2.2.3 Heranziehung anderer Vorschriften	416
5.2.2.2.2.3.1 Vorschriften zur Videoüberwachung	417
5.2.2.2.2.3.2 Vorschriften zur Rasterfahndung und zum Datenabgleich	422
5.2.2.2.2.3.2.1 Strafprozessuale Vorschriften	422
5.2.2.2.2.3.2.1.1 Rasterfahndung, §§ 98a, 98b StPO	422

5.2.2.2.3.2.1.2 Datenabgleich, § 98c StPO	425
5.2.2.2.3.2.2 Polizeigesetzliche Vorschriften	428
5.2.2.2.3.2.2.1 Rasterfahndung	428
5.2.2.2.3.2.2.2 Datenabgleich	429
5.2.2.2.3.3 Vorschriften zur erkennungsdienstlichen Behandlung	430
5.2.2.2.3.3.1 Strafprozessuale Vorschriften	430
5.2.2.2.3.3.2 Polizeigesetzliche Vorschriften	432
5.2.2.2.3.4 Vorschriften zur Identitätsfeststellung	432
5.2.2.2.3.4.1 Strafprozessuale Vorschriften	433
5.2.2.2.3.4.2 Polizeigesetzliche Vorschriften	435
5.2.2.2.3.5 Generalklauseln	436
5.2.2.2.3.5.1 Strafprozessuale Generalklauseln	436
5.2.2.2.3.5.1.1 Ermittlungsgeneralklauseln, §§ 161, 163 StPO	436
5.2.2.2.3.5.1.2 Datenverarbeitung für Zwecke des Strafverfahrens, § 483 StPO	438
5.2.2.2.3.5.2 Polizeigesetzliche Generalklauseln	442
5.2.2.2.3.5.3 Generalklauseln zur Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten	443
5.2.2.2.3 Datenspeicherung und Bereitstellung der Referenzdaten	446
5.2.2.2.4 Fazit: Kaum explizite Vorschriften zum Einsatz biometrischer Erkennung	448
5.2.2.3 Vereinbarkeit der Rechtsgrundlagen mit den grund- und verfassungsrechtlichen Anforderungen	448
5.2.2.3.1 Kompetenz- und verfahrensgemäß zustande gekommenes Gesetz	450
5.2.2.3.2 Verbot von Einzelfallgesetzen und Zitiergebot	456
5.2.2.3.2.1 Verbot des Einzelfallgesetzes	456
5.2.2.3.2.2 Zitiergebot	457
5.2.2.3.3 Wesensgehaltsgarantie	460
5.2.2.3.3.1 Deutschland	460
5.2.2.3.3.2 Europäische Menschenrechtskonvention und Grundrechtecharta	467

Inhaltsverzeichnis

5.2.2.3.4 Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und Bestimmtheitsgebot	471
5.2.2.3.4.1 Bedeutung des Eingriffsgewichts	471
5.2.2.3.4.1.1 Kriterien für das Eingriffsgewicht	472
5.2.2.3.4.1.1.1 Anlasslosigkeit, Streubreite und Einschüchterungseffekte	474
5.2.2.3.4.1.1.2 Heimlichkeit	479
5.2.2.3.4.1.1.3 Persönlichkeitsrelevanz und Vertraulichkeitserwartungen	481
5.2.2.3.4.1.1.4 Auswertung, Verknüpfung und Austausch von Informationen sowie Profilbildung	485
5.2.2.3.4.1.1.5 Folgeeingriffe und drohende Nachteile	489
5.2.2.3.4.1.1.6 Ausweichmöglichkeit	492
5.2.2.3.4.1.1.7 Verstärkung durch den zunehmenden Einsatz leistungsfähigerer Technik	493
5.2.2.3.4.1.1.8 Additive Eingriffe	496
5.2.2.3.4.1.2 Eingriffsgewicht von Gesichtserkennung in Verbindung mit Videoüberwachung	497
5.2.2.3.4.1.2.1 Konventionelle Videoüberwachung	497
5.2.2.3.4.1.2.1.1 Videoüberwachung öffentlicher Orte und Objekte	498
5.2.2.3.4.1.2.1.2 Videoüberwachung mit Fokus auf einzelne Personen	500
5.2.2.3.4.1.2.2 Gesichtserkennung und Softbiometrie	503
5.2.2.3.4.1.2.2.1 Szenario 1: Kontinuierliche Personenfahndung im öffentlichen Raum	505
5.2.2.3.4.1.2.2.2 Szenario 2: Anlassbezogene Suche in Lichtbilddatenbanken	509
5.2.2.3.4.1.2.2.3 Szenario 3: Hilfsmittel zur Sichtung von Videoaufzeichnungen	511
5.2.2.3.4.1.2.2.3.1 Personendetektion	511
5.2.2.3.4.1.2.2.3.2 Wiedererkennung einer Person in Videoaufzeichnungen	512
5.2.2.3.4.1.2.2.3.3 Suche mit Lichtbild in Videoaufzeichnungen	514
5.2.2.3.4.1.2.2.4 Szenario 4: Softbiometrie	515
5.2.2.3.4.2 Bestimmtheitsgebot	517
5.2.2.3.4.2.1 Bestimmtheitsgebot in Deutschland	517

5.2.2.3.4.2.2	Bestimmtheitsgebot in der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Grundrechtecharta	521
5.2.2.3.4.2.3	Zusammenhang zwischen dem Bestimmtheitsgebot und dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	524
5.2.2.3.4.2.4	Konventionelle Videoüberwachung	525
5.2.2.3.4.2.4.1	Videoüberwachung öffentlicher Orte und Objekte	526
5.2.2.3.4.2.4.2	Videoüberwachung mit Fokus auf einzelne Personen	530
5.2.2.3.4.2.5	Gesichtserkennung und Softbiometrie	533
5.2.2.3.4.2.5.1	Szenario 1: Kontinuierliche Personenfahndung im öffentlichen Raum	534
5.2.2.3.4.2.5.2	Szenario 2: Anlassbezogene Suche in Lichtbilddatenbanken	544
5.2.2.3.4.2.5.3	Szenario 3: Hilfsmittel zur Sichtung von Videoaufzeichnungen	548
5.2.2.3.4.2.5.4	Szenario 4: Softbiometrie	550
5.2.2.3.4.3	Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	552
5.2.2.3.4.3.1	Verhältnismäßigkeit in Deutschland und Europa	552
5.2.2.3.4.3.2	Konvergenz der Prüfungsschritte auf deutscher und europäischer Ebene	555
5.2.2.3.4.3.3	Beurteilungsspielräume und Kontrolldichte	557
5.2.2.3.4.3.4	Verhältnismäßigkeit der Gesichtserkennung in Verbindung mit Videoüberwachung	561
5.2.2.3.4.3.4.1	Legitimer Zweck	561
5.2.2.3.4.3.4.2	Geeignetheit	563
5.2.2.3.4.3.4.2.1	Videoüberwachung	563
5.2.2.3.4.3.4.2.2	Gesichtserkennung und Softbiometrie	564
5.2.2.3.4.3.4.3	Erforderlichkeit	567
5.2.2.3.4.3.4.3.1	Videoüberwachung	568
5.2.2.3.4.3.4.3.2	Gesichtserkennung und Softbiometrie	570
5.2.2.3.4.3.4.3.3	Sicherstellung durch Subsidiaritätsklauseln	572
5.2.2.3.4.3.4.4	Angemessenheit	573

Inhaltsverzeichnis

5.2.2.3.4.3.4.4.1	Vom Wesen der Angemessenheit und ihrer Prüfung	573
5.2.2.3.4.3.4.4.2	Instrumente zur Herstellung von Angemessenheit	577
5.2.2.3.4.3.4.4.2.1	Rang des Rechtsguts: Anforderungen an Rechtsgut, Verdacht und Gefahr	578
5.2.2.3.4.3.4.4.2.2	Betroffener Personenkreis	584
5.2.2.3.4.3.4.4.2.3	Steuerung des Eingriffsgewichts	586
5.2.2.3.4.3.4.4.2.4	Verfahrens- und organisationsrechtliche Vorkehrungen	587
5.2.2.3.4.3.4.4.3	Konventionelle Videoüberwachung	594
5.2.2.3.4.3.4.4.3.1	Videoüberwachung öffentlicher Orte und Objekte	594
5.2.2.3.4.3.4.4.3.2	Videoüberwachung mit Fokus auf einzelne Personen	598
5.2.2.3.4.3.4.4.3.3	(Weitere) verfahrens- und organisationsrechtliche Vorkehrungen	602
5.2.2.3.4.3.4.4.4	Gesichtserkennung und Softbiometrie	608
5.2.2.3.4.3.4.4.4.1	Szenario 1: Kontinuierliche Personenfahndung im öffentlichen Raum	608
5.2.2.3.4.3.4.4.4.2	Szenario 2: Anlassbezogene Suche in Lichtbilddatenbanken	613
5.2.2.3.4.3.4.4.4.3	Szenario 3: Hilfsmittel zur Sichtung von Videoaufzeichnungen	615
5.2.2.3.4.3.4.4.4.4	Szenario 4: Softbiometrie	617
5.2.2.3.4.3.5	Überwachungsgesamtrechnung	618
5.2.2.3.5	Fazit: Unterschiedliche Anforderungen an die Rechtfertigung	624
5.2.2.4	Verfassungskonforme Anwendung	624
5.2.2.4.1	Kernbereich privater Lebensgestaltung	626
5.2.2.4.2	Verhältnismäßigkeit	626
5.2.2.4.2.1	Legitimer Zweck	627
5.2.2.4.2.2	Geeignetheit	628
5.2.2.4.2.3	Erforderlichkeit	629

5.2.2.4.2.4 Angemessenheit	636
5.2.2.4.3 Additive beziehungsweise kumulative Eingriffe	638
5.2.2.5 Fazit: Möglichkeit der Rechtfertigung	640
5.3 Vereinbarkeit mit den Gleichheitsrechten	641
5.3.1 Gleichbehandlungsgebote im deutschen und europäischen Recht	642
5.3.1.1 Allgemeiner Gleichheitssatz	646
5.3.1.1.1 Ungleichbehandlung	646
5.3.1.1.2 Rechtfertigung	647
5.3.1.2 Besondere Gleichheitssätze	648
5.3.1.2.1 Diskriminierungsverbote	648
5.3.1.2.2 Benachteiligung „wegen“	652
5.3.1.2.3 Rechtfertigung	654
5.3.2 Ungleichbehandlung durch Videoüberwachung und biometrische Erkennung	655
5.3.2.1 Relevante Merkmale (Geschlecht, Rasse und Alter)	656
5.3.2.2 Ungleichbehandlung auf Gesetzesebene	658
5.3.2.3 Ungleichbehandlung durch die Polizei	659
5.3.2.3.1 Ungleichbehandlung	659
5.3.2.3.2 Rechtfertigung	662
5.3.2.3.3 Sonderproblem: Technische Diskriminierung	665
5.3.3 Fazit: Mögliche Ungleichbehandlung wegen Rasse, Geschlecht und Alter	666
5.4 Anforderungen der JI-Richtlinie	667
5.4.1 Umsetzungspflicht gemäß Art. 288 Abs. 3 AEUV	667
5.4.2 Anwendungsbereich der JI-Richtlinie	670
5.4.3 Vorgaben der JI-Richtlinie	674
5.4.3.1 Rechtmäßigkeit der Verarbeitung	674
5.4.3.1.1 Vorgaben des Art. 8 JI-RL	675
5.4.3.1.2 Vorgaben des Art. 10 JI-RL	675
5.4.3.1.2.1 Videoüberwachung als Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten	678
5.4.3.1.2.2 Gesichtserkennung als Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten	680
5.4.3.1.3 Umsetzung der Vorgaben in das deutsche Recht	683

Inhaltsverzeichnis

5.4.3.2 Automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall	690
5.4.3.2.1 Vorgaben des Art. 11 JI-RL	690
5.4.3.2.1.1 Auf automatisierter Verarbeitung beruhende Entscheidung	691
5.4.3.2.1.2 Anforderungen an Rechtsgrundlage und geeignete Garantien	694
5.4.3.2.2 Gesichtserkennung und Softbiometrie als automatisierte Entscheidungsfindung	697
5.4.3.2.3 Diskriminierendes Profiling	701
5.4.3.3 Betroffenenrechte und Pflichten des Verantwortlichen	704
5.4.3.3.1 Betroffenenrechte	706
5.4.3.3.1.1 Die verschiedenen Betroffenenrechte	706
5.4.3.3.1.2 Insbesondere Informations- und Benachrichtigungspflichten	707
5.4.3.3.2 Pflichten des Verantwortlichen	718
5.4.3.3.2.1 Datenschutz durch Technik und Voreinstellungen	719
5.4.3.3.2.2 Datensicherheit	721
5.4.3.3.2.3 Weitere Pflichten	722
5.4.3.4 Aufsicht	724
6 Zusammenfassung und Ausblick	725
Literaturverzeichnis	733

Abkürzungsverzeichnis

3D	dreidimensional
a.A.	andere Auffassung
ABG	automatisierte und biometriegestützte Grenzkontrolle
AbgH-Drs.	Abgeordnetenhaus-Drucksache
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
Abschn.	Abschnitt
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a.F.	alte Fassung
AFIS	automatisiertes Fingerabdruck-Identifizierungssystem
AG	Aktiengesellschaft / Amtsgericht
AGPaßPAuswG	Gesetz zur Ausführung des Paßgesetzes und des Personalausweisgesetzes
allg.	allgemein
Alt.	Alternative
a.M.	am Main
Anh.	Anhang
AnwBl	Anwaltsblatt (Zeitschrift)
AO	Abgabenordnung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts (Zeitschrift)
Apr.	April
Art.	Artikel
ASOG Bln	Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz Berlin
ATDG	Antiterrordateigesetz
AtG	Atomgesetz

Abkürzungsverzeichnis

ATM	Automated Teller Machine
Aug.	August
AuR	Arbeit und Recht (Zeitschrift)
BayDSG	Bayerisches Datenschutzgesetz
BayLTGeschO	Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag
BayPAG	Bayerisches Polizeiaufgabengesetz
BayPAG-E	Bayerisches Polizeiaufgabengesetz Entwurf
BayVBl	Bayerische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
BayVersG	Bayerisches Versammlungsgesetz
BB	Brandenburg
BbgDSG	Brandenburgisches Datenschutzgesetz
BbgPolG	Brandenburgisches Polizeigesetz
BBI	Flughafen Berlin Brandenburg International (Kürzel inzwischen verworfen)
BDK	Bund Deutscher Kriminalbeamter
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BE	Berlin
bearb.	bearbeitet
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
Begr.	Begründer
Beschl.	Beschluss
BfDI	Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BImSchV	Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
Biol. Lett.	Biology Letter (Zeitschrift)

BKA	Bundeskriminalamt
BKAG	Bundeskriminalamtgesetz
BlnDSG	Berliner Datenschutzgesetz
BLS	Bund-Länder-System
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMELV	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
BMI	Bundesministerium des Inneren
BNDG	Gesetz über den Bundesnachrichtendienst
BPol	Bundespolizei
BPolG	Bundespolizeigesetz
BR-Drs	Bundesrats-Drucksache
BremDSGVOAG	Bremisches Ausführungsgesetz zur EU-Datenschutz-Grundverordnung
BremPolG	Bremisches Polizeigesetz
BSI	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
BSIG	Gesetz über das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
bspw.	beispielsweise
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BtMG	Betäubungsmittelgesetz
Bürg.-Drs.	Bürgerschafts-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfSchG	Bundesverfassungsschutzgesetz
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BW	Baden-Württemberg
BY	Freistaat Bayern
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa

Abkürzungsverzeichnis

CCTV	Closed Circuit Television
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CR	Computer und Recht (Zeitschrift)
c't	Magazin für Computertechnik (Zeitschrift)
d.	der
DANA	Datenschutznachrichten (Zeitschrift)
DGRI	Deutsche Gesellschaft für Recht und Informatik
d.h.	das heißt
DI	Digital Intermediate
DIN	Deutsches Institut für Normung
DNA	Deoxyribonucleic Acid
DNS	Desoxyribonukleinsäure
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
DRiZ	Deutsche Richterzeitung (Zeitschrift)
DSAnpUG-EU	Datenschutz-Anpassungs- und -Umsetzungsgesetz EU
DSAG LSA	Datenschutz-Grundverordnungs-Ausfüllungsgesetz Sachsen-Anhalt
DSG M-V	Datenschutzgesetz Mecklenburg-Vorpommern
DSG NRW	Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen
DSGVO / DS-GVO	Datenschutz-Grundverordnung (Verordnung (EU) 2016/697)
DSRL	Datenschutzrichtlinie (Richtlinie 95/46/EG)
Dtl.	Deutschland
DuD	Datenschutz und Datensicherheit, bis 1995: Daten- schutz und Datensicherung (Zeitschrift)
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt (Zeitschrift)
DVD	Deutsche Vereinigung für Datenschutz e.V.
DVP	Deutsche Verwaltungspraxis (Zeitschrift)
EG	Europäische Gemeinschaft
EGVG	Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

EGStGB	Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch
EGStPO	Einführungsgesetz zur Strafprozessordnung
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
eigtl.	eigentlich
Einf.	Einführung
Einl.	Einleitung
EKMR	Europäische Kommission für Menschenrechte
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
endg.	endgültig
engl.	englisch
Ent.	Entscheidung
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union (hier verwendet für den Gerichtshof im Sinne von Art. 19 Abs. 1 Satz 1 EUV)
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift (Zeitschrift)
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
e.V.	eingetragener Verein
evtl.	eventuell
EwG	Erwägungsgrund
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWK	Europäischer Wirtschaftsraum
f. / ff.	folgende
FAR	False Accept Rate
FBI	Federal Bureau of Investigation
Feb.	February
FERET	Face Recognition Technology

Abkürzungsverzeichnis

FIDIS	Future of Identity in the Information Society
FIVE	Face in Video Evaluation
FMR	False Match Rate
Fn.	Fußnote
FNIR	False Negative Identification Rate
FNMR	False Non-Match Rate
FPIR	False Positive Identification Rate
FpVTE	Fingerprint Vendor Technology Evaluation
FRR	False Reject Rate
FRVT	Face Recognition Vendor Test
FTCR	Failure to Capture Rate
FTER	Failure to Enrol Rate
FVC	Fingerprint Verification Competition
G8	Gruppe der Acht
G10	Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses
G20	Gruppe der Zwanzig
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GB	Gigabyte
gen.	genannt
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GGO	Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GO-BT	Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages
GPS	Global Positioning System
gr.	griechisch
GRCh / GRC	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GSZ	Zeitschrift für das Gesamte Sicherheitsrecht (Zeitschrift)
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz

HB	Freie Hansestadt Bremen
HbgPolDVG	Gesetz über die Datenverarbeitung der Polizei Hamburg
HD	High Definition
HDSIG	Hessisches Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz
HE	Hessen
HH	Freie und Hansestadt Hamburg
h.M.	herrschende Meinung
HmbBfDI	Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
HmbDSG	Hamburgisches Datenschutzgesetz
Hrsg.	Herausgeber
hrsg.	herausgegeben
HSOG	Hessisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung
i.d.R.	in der Regel
INPOL	Informationssystem der Polizei
insb.	insbesondere
IPbpR / IPBPR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte
i.S.d.	im Sinne der / im Sinne des
ISDN	Integrated Services Digital Network
i.S.v.	im Sinne von
IT	Informationstechnik
ITRB	IT-Rechtsberater (Zeitschrift)
i.V.m.	in Verbindung mit
iX	Magazin für professionelle Informationstechnik (Zeitschrift)
Jan.	January
JGG	Jugendgerichtsgesetz
JI-RL / JI-Richtlinie	Richtlinie (EU) 2016/680
JR	Juristische Rundschau (Zeitschrift)

Abkürzungsverzeichnis

Jul.	July
Jura	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JZ	Juristenzeitung (Zeitschrift)
K&R	Kommunikation und Recht (Zeitschrift)
Kap.	Kapitel
Kfz	Kraftfahrzeug
KG	Kammergericht
KK	Karlsruher Kommentar
Krim. Journal	Kriminologisches Journal (Zeitschrift)
KriPoZ	Kriminalpolitische Zeitschrift (Zeitschrift)
KUG	Kunsturhebergesetz
lat.	lateinisch
LDSG	Landesdatenschutzgesetz
LDSG BW	Landesdatenschutzgesetz Baden-Württemberg
LDSG RP	Landesdatenschutzgesetz Rheinland-Pfalz
LDSG SH	Landesdatenschutzgesetz Schleswig-Holstein
LDSG SH-E	Landesdatenschutzgesetz Schleswig-Holstein Entwurf
LfDI	Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
LG	Landgericht
lit.	Buchstabe
Lit.	Literatur
LKA	Landeskriminalamt
LKRZ	Zeitschrift für Landes- und Kommunalrecht Hessen - Rheinland-Pfalz - Saarland (Zeitschrift)
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung (Zeitschrift)
LT-Drs.	Landtags-Drucksache
LVerf	Landesverfassung
LVwG SH	Landesverwaltungsgesetz Schleswig-Holstein
MADG	Gesetz über den Militärischen Abschirmdienst
Mar.	March

MHz	Megahertz
MiStra	Anordnung über Mitteilungen in Strafsachen
mm	Millimeter
MMR	Multimedia und Recht (Zeitschrift)
MschrKrim	Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform (Zeitschrift)
MüKo-StGB	Münchener Kommentar zum Strafgesetzbuch
MüKo-StPO	Münchener Kommentar zur Strafprozessordnung
Multimed Tools Appl	Multimedia Tools and Applications (Zeitschrift)
MV	Mecklenburg-Vorpommern
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
n. Chr.	nach Christus
NDSG	Niedersächsisches Datenschutzgesetz
NdsVBl	Niedersächsische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
NI	Niedersachsen
NIST	National Institute of Standards and Technology
NJ	Neue Justiz (Zeitschrift)
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift (Zeitschrift)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungs-Report Zivilrecht (Zeitschrift)
NK	Neue Kriminalpolitik (Zeitschrift)
No.	number
NPOG	Niedersächsisches Polizei- und Ordnungsbehörden-gesetz
Nr.	Nummer
Nrn.	Nummern
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht (Zeitschrift)
NVersG	Niedersächsisches Versammlungsgesetz
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (Zeitschrift)
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht Rechtspre-chungs-Report (Zeitschrift)

Abkürzungsverzeichnis

NVZ	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht (Zeitschrift)
NW	Nordrhein-Westfalen
NWVB	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht (Zeitschrift)
o.Ä.	oder Ähnliche(s)
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
ÖPNV	öffentlicher Personennahverkehr
o.g.	oben genannt
OLG	Oberlandesgericht
o.V.	ohne Verfasser
OVG	Oberverwaltungsgericht
OWiG	Ordnungswidrigkeitengesetz
PAG TH	Polizeiaufgabengesetz Thüringen
PassG	Passgesetz
PassV	Passverordnung
PAuswG	Personalausweisgesetz
PIN	Persönliche Identifikationsnummer
PinG	Privacy in Germany (Zeitschrift)
PJZS	polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen
POG RP	Polizei- und Ordnungsbehördengesetz Rheinland-Pfalz
PolG BW	Polizeigesetz Baden-Württemberg
PolG NRW	Polizeigesetz Nordrhein-Westfalen
PrOVG	Preußisches Oberverwaltungsgericht
PrOVGE	Entscheidungen des Preußischen Oberverwaltungsgerichts
PVS	Politische Vierteljahresschrift (Zeitschrift)
RABT 2006	Richtlinien für die Ausstattung und den Betrieb von Straßentunneln, Ausgabe 2006
RAF	Rote Armee Fraktion

RB	Rahmenbeschluss
RDV	Recht der Datenverarbeitung (Zeitschrift)
RG	Reichsgericht
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RiStBV	Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
RP	Rheinland-Pfalz
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Seite
s.	siehe
s.a.	siehe auch
SächsDSDG	Sächsisches Datenschutzdurchführungsgesetz
SächsPBG	Sächsisches Polizeibehördengesetz
SächsPVDG	Sächsisches Polizeivollzugsdienstgesetz
SächsVersG	Sächsisches Versammlungsgesetz
SD	Secure Digital Memory Card
SDSG	Saarländisches Datenschutzgesetz
SEV	Sammlung der Europäischen Verträge
SGB	Sozialgesetzbuch
SH	Schleswig-Holstein
SIS	Schengener Informationssystem
SL	Saarland
SN	Freistaat Sachsen
SN-Kopf	Schwenk- und Neige-Kopf
s.o.	siehe oben
sog.	sogenannt
SOG LSA	Sicherheits- und Ordnungsgesetz Sachsen-Anhalt
SOG M-V	Sicherheits- und Ordnungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern
Soko	Sonderkommission

Abkürzungsverzeichnis

SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPolDVG	Saarländisches Gesetz über die Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Polizei
SPolG	Saarländisches Polizeigesetz
SRE	Speaker Recognition Evaluation
SSW	Südschleswigscher Wählerverband
ST	Sachsen-Anhalt
st.	ständig
StA	Staatsanwaltschaft
staatl.	staatlich
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
StPO-E	Strafprozessordnung Entwurf
str.	strittig
StrEG	Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen
StRR	StrafRechtsReport (Zeitschrift)
StV	Der Strafverteidiger (Zeitschrift)
StVÄG	Strafverfahrensänderungsgesetz
StVO	Straßenverkehrsordnung
StVZO	Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung
s.u.	siehe unten
TA Lärm	Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm
TA Luft	Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft
TB	Terabyte
TDDSG	Teledienstedatenschutzgesetz
TDM	Tausend Deutsche Mark
TeleTrusT	Bundesverband IT-Sicherheit e.V.
TH	Freistaat Thüringen
ThürDSG	Thüringer Datenschutzgesetz
TKG	Telekommunikationsgesetz
TMG	Telemediengesetz
u.	und

u.a.	unter anderem
UAbs.	Unterabsatz
UAV	Unmanned Aerial Vehicle
Urt.	Urteil
US	United States
USA	United States of America
USB	Universal Serial Bus
u.s.w.	und so weiter
u.U.	unter Umständen
v.	vom / von
v.a.	vor allem
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg (Zeitschrift)
v. Chr.	vor Christus
VerfGH	Verfassungsgerichtshof
VersammlG	Versammlungsgesetz (des Bundes)
VersammlG LSA	Versammlungsgesetz Sachsen-Anhalt
VersFG BE	Versammlungsfreiheitsgesetz Berlin
VersFG SH	Versammlungsfreiheitsgesetz Schleswig-Holstein
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VIS	Visa-Informationssystem
VO	Verordnung
Vorb.	Vorbemerkung
VR	Verwaltungsrundschau (Zeitschrift)
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WP	Working Paper
WRV	Weimarer Reichsverfassung
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik (Zeitschrift)
z.B.	zum Beispiel

Abkürzungsverzeichnis

ZBJI	Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres
ZD	Zeitschrift für Datenschutz (Zeitschrift)
ZEuS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien (Zeitschrift)
ZfWG	Zeitschrift für Wett- und Glücksspielrecht (Zeitschrift)
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik (Zeitschrift) / Zollinformationssystem
ZJS	Zeitschrift für das Juristische Studium (Zeitschrift)
ZP	Zusatzprotokoll
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik (Zeitschrift)
ZSHG	Zeugenschutz-Harmonisierungsgesetz
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft (Zeitschrift)
z.T.	zum Teil
ZWE	Zeitschrift für Wohnungseigentumsrecht (Zeitschrift)